

## **Fraktionserklärung SP/JUSO Grundsatzdebatte 10.09.2020**

### **Budget/IAFP und Anträge Planungserklärung**

Wir haben schon viele Voten darüber gehört, wer die Verantwortung für die aktuelle Situation trägt, wer schuld daran ist, dass die Finanzpolitik der Stadt Bern im Jahr 2020 eine Neuausrichtung braucht, wer es ja schon immer gewusst hat, und was man schon lange hätte machen müssen.

Die SP stellt seit knapp vier Jahren den Finanzdirektor, nachdem es vor uns die FDP und die Grünen über viele Legislaturen getan haben. Die Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten stärkste Partei im Stadtrat, obwohl wir nie über eine Mehrheit verfügt haben, alleine entscheiden zu können. Wenn in den letzten Jahren also finanzpolitische Fehler passiert sein sollten, tragen wir eine Mitverantwortung. Dazu stehen wir. Was wir uns wahrscheinlich vorwerfen lassen müssen, ist, dass wir das eingenommene Geld nicht noch wirkungsorientierter und gezielter für die Entwicklung dieser Stadt und die konkreten Bedürfnisse der Menschen eingesetzt haben.

Stattdessen hat dieses Parlament jährlich wiederkehrend über Steuersenkungen debattiert und rein operative Detaildiskussionen geführt. Wir haben es verpasst, über langfristige Perspektiven und Finanzstrategien nachzudenken. Dieser Umstand zeigt jedoch auch gleichzeitig die Problematik auf, dass das Stadtparlament nur sehr beschränkte Steuerungsmöglichkeiten im Budget- und IAFP-Prozess hat.

Wer in der aktuellen Situation, in der Vergangenheit stehen bleiben will, verpasst es jetzt und ganz konkret die Chancen, Verantwortung zu übernehmen und Stadt Bern auch in Zukunft auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Eine solche ist notwendig, um die Stadt auch zukünftig gestalten und weiter entwickeln und eine gute Sozialpolitik machen zu können.

Es gilt heute sicher zu respektieren, dass jede Partei andere Schwerpunkte setzt, was nicht apriori schlecht oder verwerflich ist, sondern vielleicht einfach unterschiedlichen Werthaltungen geschuldet ist. Was wir voneinander aber erwarten dürfen, ist ein Ringen um echte Lösungen und die Bereitschaft auch mal Kompromisse zu machen. Dies bedingt, dass wir aus ideologischen Schützengräben steigen und miteinander reden. Dass das in einem Wahljahr eine ganz besondere Herausforderung ist, ist mir absolut klar.

Die SP stimmt mit dem Gemeinderat überein, dass aktuell für das Jahr 2021 ein ausgeglichenes Budget nicht erreicht werden kann. Wir stehen auch für das Sparziel von 20 Mio., obwohl wir zum Teil andere Sparvorschläge machen als der Gemeinderat. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in unserer Fraktion sehr hart gerungen, auch gestritten und viele für uns sehr schwierige Entscheidungen treffen müssen. Wir haben uns aber darauf einigen können, weil wir uns bewusst sind, dass wir unsere Politik in der Stadt Bern nur weiterverfolgen können, wenn wir den finanziellen Handlungsspielraum und das vom Kanton unabhängige Handeln erhalten können. Unsere Sparvorschläge sind auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass in den letzten Jahren in gewissen Teilen zum Teil ein erheblicher Ausbau stattgefunden hat.

### **Langfristig ausgerichtete Finanzpolitik**

Die aktuelle Situation zeigt uns vor allem eines:

Es braucht eine strategische und langfristig ausgerichtete Finanzpolitik, die über eine Legislatur hinausdenkt. Eine solche Politik kann sich nicht in Forderungen nach einem Nulldefizit im Jahr 2024 erschöpfen. Neben den bereits absehbaren zwingend notwendigen

Infrastrukturvorhaben, die der Stadt v.a. im Bereich der Schulanlagen und Bäder, bevorstehen, gilt es auch die grossen gesellschaftlichen Herausforderungen wie z.B. die demografische Alterung, die Möglichkeiten der Digitalisierung sowie die Investitionen und Massnahmen gegen den Klimawandel zu berücksichtigen. Corona bedingte Schwierigkeiten beschäftigen uns zwar kurz- und im gesellschaftlichen Bereich wahrscheinlich auch mittelfristig sehr stark, dürften aber unter Beachtung sämtlicher zukünftiger Einflüsse eher bescheiden sein.

Die Finanzlage der Stadt Bern ist nach wie vor solid und es braucht deshalb tatsächlich kein überstürztes Handeln. In ausserordentlichen Situationen und bei besonderen Herausforderungen – wie dies aktuell Corona sowohl auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabenseite darstellt - sind gewisse Defizite zu verkraften. Defizite, die durch besondere Herausforderungen entstehen, können kurzfristig mit vorhandenen Eigenmitteln aufgefangen werden. Eine gewisse Neuverschuldung kann notwendig sein, weil es einfach keinen Sinn macht, alle Investitionen einzustellen, und die Konsumnachfrage durch eindimensionales Sparen abzuwürgen.

Aus diesen Überlegungen sind für die SP/JUSO Fraktion aktuell Forderungen nach einem Nulldefiziten kurzfristig. Bemerkenswert ist denn auch, dass die FDP keinen einzigen konkretisierten und ernstzunehmenden Vorschlag macht, wie ihr Ziel erreicht werden könnte. 37 Mio. lassen sich wohl auch mit sehr viel Kreativität nicht durch Kürzungen der Sitzungsgelder beim Stadtparlament einsparen. Von einer Partei, die Regierungsverantwortung übernehmen will, dürfte man mehr erwarten.

### **Kein Sparen bei den Kernaufgaben**

Die SP/JUSO wird keine Sparmassnahmen mittragen, welche Kernaufgaben der städtischen Politik treffen. Ein leistungsfähiger Service Public garantiert ein gutes soziales Netz, unter anderem zur Unterstützung von armutsbetroffenen Menschen, Investitionen in die Bildung und den chancengleichen Zugang zu einer guten und modernen Infrastruktur. Nur so kann ein Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindert werden.

Deshalb wird die SP/JUSO keine Kürzungsanträge unterstützen, welche zu tatsächlichen Leistungskürzungen für EinwohnerInnen führen.

Eine attraktive Wohnstadt ist der beste Garant für eine finanziell starke und handlungsfähige Stadt. Natürliche Personen tragen nach wie vor rund 80 Prozent zu den Steuereinnahmen der Stadt Bern bei. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Eine aktive Wohnbaupolitik ist deshalb weiterzuführen, zumal in der Stadt Bern dafür der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und nicht der steuerfinanzierte Haushalt zuständig ist. Es wäre also ein vollkommen falsches Signal, die Handlungsfähigkeit des Fonds einzuschränken, indem seine Gewinne bzw. Eigenmittel einfach in den ordentlichen Haushalt überführt würden.

**Gewinnabschöpfungen** – auch beim ewb - zu erhöhen, kann sehr schnell zur Aushöhlung dieser Unternehmungen führen, zumal die Corona Krise sowohl den Fonds (über Mietzinsverzicht) wie auch ewb (über Ertragseinbrüche beim Strom) unmittelbar getroffen hat.

### **Standard bei Investitionen**

Unsere Stadt muss auch zukünftig auf die Bedürfnisse einer urbanen, ökologisch und international denkender, aber wahrscheinlich zunehmend auch älter werdenden Bevölkerung reagieren können. Projekte in eine moderne Verkehrsinfrastruktur oder eine attraktive Gestaltung der Quartiere sind also nicht einfach zu stoppen, sondern es ist vielmehr zu

überprüfen, was der Verfolgung dieses Ziels wirklich dient, und was in welcher Zeitfolge sinnvollerweise verwirklicht werden kann. Wir sind der Meinung, dass bauliche Standards sowohl bei Hoch- und Tiefbau zu überprüfen und nach unten anzupassen sind. Auch zweitbeste Lösungen sind möglich und, wie das Beispiel Centralweg zeigt, gut. Mit den gleichen Mitteln wollen wir mehr Output erreichen, damit der Investitionszyklus weitergeführt werden kann.

### **Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**

Die Stadt Bern soll weiterhin gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ermöglichen. Dass dazu der Dialog noch intensiviert werden kann, ist unbestritten, bedingt aber von allen Seiten echte Diskussionsbereitschaft. Ob es dazu ein Wirtschaftsamt braucht, soll nicht in einer Hauruck tabula rasa Politik im Budget 2021 entschieden werden, sondern ernsthaft geprüft werden. Mit der Digitalisierung lassen sich auch Verwaltungsabläufe schlanker gestalten und vereinfachen; allenfalls können auch Regulierungen überprüft oder vielleicht sogar abgebaut werden. Wirtschaft im umfassenden Verständnis bedeutet für die SP/JUSO jedoch nicht, weitere Steuererleichterungen für Wenige oder Parkplätze vor Geschäften, sondern dass Arbeitsplätze erhalten oder neue geschaffen werden können, der Konsum gestützt und die Ansiedlung nachhaltiger Unternehmungen gefördert wird.

### **Städtisches Personal**

Um die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können, ist die Stadt auf qualifiziertes und motiviertes Personal angewiesen. Die Stadt Bern bewegt sich auf einem zunehmend umkämpfteren Fachkräftemarkt. Deshalb braucht es weiterhin fortschrittliche Arbeitsbedingungen.

In der aktuellen Budgetrunde werden einige Stellen gestrichen, obwohl aufgrund politischer Entscheide von der Verwaltung neue Aufgaben übernommen werden müssen. Andererseits sollen Stellen bei Vakanzen grundsätzlich erst nach vier Monaten wieder besetzt werden. Damit können 3.5 Mio. Franken eingespart werden. Diese Sparmassnahme zu Lasten des Personals wird von den Sozialpartnern mitgetragen.

Die SP/JUSO lehnt die von der BDP/CVP in einer Planungserklärung geforderte Erhöhung der Arbeitszeit auf 42-Stunden ab. Einerseits sind Arbeitszeiterhöhungen im Hinblick auf eine verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbs- und Care Arbeit das falscheste Zeichen überhaupt und nicht mehr zeitgemäss. Andererseits ist die städtische 40-Stunden Woche auf eine Sparmassnahme in den 90-er Jahren zurückzuführen, die zur anderen Hälfte durch das Personal mit einem 2.38 prozentigen Lohnverzicht bezahlt worden ist. Dieser Lohnverzicht wirkt selbstverständlich im Lohnsystem heute noch nach, was jährlich wiederkehren ein Sparbeitrag des Personals von 8 Mio. Franken bedeutet. Würde jetzt also wieder eine 42-Stunden Woche zulasten des Personals eingeführt, müsste das Personal für die gleiche Massnahme gerade zweimal bezahlen, was unredlich ist.

Die SP/JUSO wehrt sich dagegen, dass das Personal überproportional zur Kasse gebeten wird.

### **Ich komme jetzt zur Erläuterung zu unseren Anträgen zum IAFP**

Antizyklisches Handeln bedeutet für die SP/JUSO Fraktion nicht, dass wir einfach mit Kurskorrekturen zuwarten bzw. die Verschuldungsgrenze erhöhen wollen, bis wir nicht mehr

anders können. Es braucht jetzt ein rasches und längerfristiges Umdenken, um den finanziellen Handlungsspielraum erhalten zu können, der notwendig ist, um sozial und ökologisch nachhaltige Politik betreiben zu können. Denn die Stadt Bern hat wahrscheinlich mehr als ein kurzfristiges, konjunkturelles Problem. Es sind vielmehr strukturelle Herausforderungen zu bewältigen. Man kann nicht nur in Krisen zu Recht verlangen, dass investiert wird, sondern dann muss antizyklisch in guten Jahren auch Geld zurückgelegt werden. Mit unseren Planungserklärungen wollen wir dazu beitragen, dass dies jetzt an die Hand genommen wird und zwar so, dass es wenn möglich zu keinen grösseren Leistungskürzungen für die Einwohner/innen und das Personal kommt.

### **Haushaltsentlastung durch Zentralisierung**

Die städtischen Finanz- und HR-Prozesse sind heute stark dezentral organisiert. Dies führt zu stadtwert unterschiedlichen Lösungen, wo Einheitlichkeit gefragt wäre, was auch ein stadtwertes Finanz- und Personalcontrolling erschwert und zu ineffizienten Doppelspurigkeiten führt. Aus diesem Grund fordert die SP/JUSO, dass die Finanz- und HR-Prozesse sowie weitere dezentral erbrachte Leistungen der Verwaltung durch Zentralisierung effizienter und günstiger erbracht werden. Dabei sind auch die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen.

### **Stellenplan**

Die Steuerungsfunktion des Stadtrates ist seit der Einführung des Globalbudgets stark beschränkt. Dadurch, dass Direktionen zudem vollkommen frei sind, unabhängig von stadträtlichen Empfehlungen und ohne Diskussion im Gesamtgemeinderat neue Stellen zu schaffen, kann das Personalbudget politisch nur sehr beschränkt gesteuert werden. Zudem müssen dadurch zum Teil wichtige Projekte im Bereich der Personalentwicklung und der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität gestrichen oder verzögert werden.

Wir verlangen deshalb, dass auf Direktionsebene Stellenpläne eingeführt werden, die zwingend einzuhalten sind. Es sollen darüber hinaus nur noch aus wichtigen Gründen und mit Zustimmung des Gesamtgemeinderates zusätzliche Stellen geschaffen werden können.

### **Kantonale Aufgaben reduzieren**

Die Stadt übernimmt in verschiedenen Bereichen ergänzend Aufgaben zum Kanton. Dies kann unter Umständen sinnvoll sein, wenn dadurch ein sozial-, gesundheits- oder bildungspolitischer Mehrwert für die Einwohner\*innen entsteht. Aufgrund der angespannten Finanzlage sind jedoch städtische Aufgaben, welche bereits vom Kanton ausgeführt werden, genau zu prüfen und allenfalls aufzugeben, wenn der Nachweis dieses Mehrwerts nicht erbracht werden kann. Diesbezüglich unterstützt die SP/JUSO auch schon verschiedene Kürzungsanträge im Budget 2021.

Im Rahmen des Finanzierungs- und Investitionsprogramms (FIT) sind Aufgaben auf städtischer Ebene konsequent zu streichen, sofern analoge Aufgaben bereits vom Kanton erfüllt werden. Von dieser Sparmassnahme sind Aufgaben auszunehmen, die auf einen ausdrücklichen Entscheid des Stadtrates oder des Stadtberner Stimmvolkes zurück zu führen sind und vor allem den sozialen, gesundheitspolitischen oder Bildungsbereich betreffen.

### **Schaffung von zusätzlichen Lehr- und Ausbildungsplätzen**

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise werden sich auch auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt zeigen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich bereits per Ende Juni 2020 fast verdoppelt. Man geht heute davon aus, dass bis 2025 bis zu 20'000 Lehrstellen verloren gehen. Sollte dieser Fall sein, muss die Stadt Bern einen Teil der Ausbildungsplätze ersetzen, die im Gewerbe durch die Wirtschaftskrise vernichtet werden. Zudem sollen zusätzliche Möglichkeiten für Anschlusslösungen nach Abschluss der Ausbildung geschaffen werden.

### **Keine Doppelspurigkeiten in der städtischen Verwaltung**

Aufgrund der angespannten Finanzlage sind Doppelspurigkeiten in der städtischen Verwaltung konsequent zu vermeiden und die Effektivität und Effizienz von Massnahmen regelmässig zu überprüfen. Aus diesem Grund verlangt die SP/JUSO dass alle städtischen Aufgaben, welche in mehreren Direktionen gleich oder ähnlich geführt werden, zwischen den Direktionen koordiniert und optimiert werden. Allfällige Doppelspurigkeiten sind konsequent abzubauen.

Die Fraktion SP/JUSO ist davon überzeugt, dass nur mit einer strategisch und langfristig ausgerichteten Finanzpolitik der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt Bern erhalten werden kann. Dies bedingt allerdings, dass der Steuerfranken zielgerichtet und nachhaltig eingesetzt wird. Im übrigen nehmen wir den IAFP 2021-2024 positiv zur Kenntnis.